



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 898

B/X/141 - 23.6.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die geschichtliche Verantwortung des Bundestages	S. 1
Wehrdiskussion auch in Österreich	S. 3
Zur Kontroverse Bonn - Wien	S. 5
Oberländer mit nach Moskau?	S. 6

## An der Wegegabel

sp - Fünfeinhalb Jahre nach ihrer Konstituierung steht die seit dem 5. Mai 1955 "soveräne" Bundesrepublik Deutschland an einer Wegegabel. Die in den nächsten Wochen, ja vielleicht sogar schon in Tagen zu fällende Entscheidung über den Weg, der gegangen werden soll, wird zugleich die Entscheidung über die politische Entwicklung der Bundesrepublik sein. Der Bundestag ist zu dieser Entscheidung aufgerufen, wenn er von der nächsten Woche an seine Haltung und sein abschließendes Votum zum Freiwilligengesetz der Bundesregierung bekanntzugeben haben wird.

Dieser vom ersten Augenblick an hart umstrittene und leidenschaftlich bekämpfte Gesetzentwurf steht nicht für sich allein im Raum, sondern ist der Beginn der Wiederbewaffnung des westdeutschen Teilstaates des gespaltenen Deutschland. Er ist der Grundstein, auf dem die neue westdeutsche Wehrmacht aufgebaut werden soll. Ist dieser Grundstein Freiwilligengesetz nicht aus solidem Material, wird er nicht ruhig und sachgemäß Gesetz, und wird er schließlich nicht überlegt und verantwortungsbewußt in die bestehende Ordnung eingebaut, dann ist nicht nur das zu errichtende Gebäude Wehrmacht, dann ist auch die Ordnung des demokratischen Staates selbst auf das Höchste gefährdet.

In dieser, man kann fast sagen einmaligen Situation am Beginn

des Aufbaues der Streitkräfte des westdeutschen Teilstaates, erreicht die Verantwortung der demokratischen Parteien der Bundesrepublik für Gedeih und Verderb des Staatswesens geschichtliche Ausmasse. In ihrer Hand liegt damit tatsächlich die Entscheidung auch über Wesensinhalt und demokratische Festigkeit der Bundesregierung. Die Meinung, dass dieser Start ausgesprochen schlecht ist, reicht weit über den Bereich der eigentlichen Opposition hinaus, auch die Auffassung, dass dadurch für die Demokratie in Westdeutschland sehr ernste Gefahren entstehen können.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der auch ihr zufallenden geschichtlichen Aufgabe bewußt und wird sich ihr nicht entziehen, denn sie ist eine staatsbejahende und staatstragende Partei. Die SPD, an ihren Wählerstimmen gemessen eine der beiden großen politischen Parteien dieses Staates und nach ihrer organisatorischen Geschlossenheit sein stärkster politischer Faktor, ist entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit diesem Freiwilligengesetz, wenn es schon gegen ihren Willen Wirklichkeit werden sollte, ein Inhalt gegeben wird, der demokratisch und verfassungstreu ist. Die SPD wird dieses Gesetz an sich als ein Instrument zur Durchführung der von ihr bekämpften Blockpolitik der Pariser Militärverträge ablehnen. Aber sie wird in den Ausschüssen des Bundestages um jeden Zentimeter Demokratie, Verfassungsmäßigkeit und Menschenwürde ringen, um zu verhindern, dass das eigentlich tragende Fundament, auf dem das Gebäude demokratische Wehrmacht aufgebaut werden soll, untauglich werde, wie es der Start war, mit dem die Bundesregierung die Wehrgesetzgebung begonnen hat.

Der Ruf zur Übernahme dieser Verantwortung gegenüber der Demokratie und den unbeugbaren Verfassungsgrundsätzen geht aber in genau derselben Stärke auch an die anderen westdeutschen Parteien. Vor allem von ihrem Verhalten, von ihrer Loyalität, von ihrem guten Willen und von ihrem demokratischen Staatsbewusstsein wird es, da sie heute die parlamentarische Mehrheit haben, grundsätzlich abhängen, welcher Weg von der Wegegabel des Regierungsentwurfs des Freiwilligengesetzes aus gegangen werden soll.

Schon die allernächsten Tage werden zeigen, wie und wohin marschiert werden soll, wenn man schon dies naheliegende, unsympatische Wort verwenden will. Den Marschbefehl darf allein die Volkvertretung geben, und sie darf ihn nur geben, wenn vorher in jeder Beziehung die Sicherheit der demokratischen Ordnung gewahrt worden ist. Jede Abweichung von diesem Grundsatz wird der entschiedenen Mein der SPD begegnet.

### Um Österreichs künftiges Bundesheer

K.F., Wien, Ende Juni

Der österreichische Staatsvertrag brachte neben dem Ende der zehnjährigen Besatzung auch ein unliebsames Geschenk: das Geschenk der "Wehrhoheit", die Österreich nun, wie jeder souveräne Staat, besitzen wird. Und so ist die Frage der Aufstellung eines eigenen Bundesheeres das Thema, das gegenwärtig im Betrieb, auf der Straße und daheim und ebenso in den abendlichen Sektionsversammlungen der Sozialistischen Partei am meisten diskutiert wird.

Es handelt sich hier um eine Frage der nüchternen staatspolitischen Notwendigkeit, die ebenso nüchtern und vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit beurteilt werden müßte. Für große Teile der arbeitenden Bevölkerung ist jedoch alles, was mit Militär zusammenhängt, in höchstem Maße gefährlich und verwerflich und wird daher rein gefühlsmäßig auf jeden Fall abgelehnt. Man erinnert sich und andere immer wieder an den Februar 1934, wo das damalige Bundesheer mit Maschinengewehren und Kanonen auf Wohnhäuser schoß, in denen sich aufständische Arbeiter und ebenso Frauen und Kinder befanden. Und so mancher hat auch recht unliebsame Erinnerungen an die Militärzeit bei der deutschen Wehrmacht, an den "Barras" und an den Krieg.

"Bewaffnete Neutralität" war Voraussetzung

Der Staatsvertrag selbst, der nur von wenigen Blättern auszugsweise wiedergegeben wurde, enthält keine Bestimmungen, die zur Aufstellung des Heeres zwingen, wohl aber zwei Artikel mit Einschränkungen in Bezug auf dieses künftige Heer. Dem Durchschnittsösterreicher mußte demnach ein Verzicht auf die Bewaffnung möglich erscheinen. Dass die feierlich verkündete Neutralität Österreichs nur so lange eine Neutralität ist, als die Bereitschaft zu ihrer Verteidigung besteht, ist nicht allen genügend klar geworden. Ebensowenig war es hinlänglich bekannt, dass die vier Großmächte die Unterzeichnung des Staatsvertrages eben von dieser "bewaffneten Neutralität" abhängig gemacht hatten.

Obwohl man von Anfang an die Errichtung eines milizähnlichen

23.6.1955

Heeres auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht vorgesehen hat, wird vielfach die Befürchtung ausgesprochen, das künftige Heer könnte eines Tages wieder zum Instrument der Reaktion werden. Man verweist dabei insbesondere auf den zwangsläufig sölänerheerartigen Charakter des Berufsoffizierkorps und auf die Erfahrung, dass der einfache Soldat den Befehlen von oben im Ernstfall kaum erfolgreich widerstehen kann.

#### Achtstundentag für Rekruten?

Wer sich mit der unvermeidlichen Tatsache eines künftigen österreichischen Bundesheeres bereits abgefunden hat, beschäftigt sich nun mit der weiteren Frage, wie dieses Heer aussehen soll. Verschiedene Gruppen haben schon ihre "Forderungen" angemeldet, vor allem auch hinsichtlich der Kürze der Dienstzeit. Neben vielen vernünftigen Forderungen stellt die Sozialistische Jugend unter anderem das Verlangen nach einem Achtstundentag für den künftigen Rekruten, eine Errungenschaft, die nicht einmal noch alle gewerblichen Arbeiter besitzen. Unterdessen beraten die beiden großen Parteien, die bei den letzten Wahlen im Februar 1953 innerhalb zusammen 85 Prozent der gültigen Stimmen für sich buchen konnten, wem das Heer unterstellt werden und wie es aufgebaut sein soll. Das sogenannte Wehrkompetenzgesetz wurde schon im Parlament eingebracht und sieht die Unterstellung unter das Bundeskanzleramt vor, in welchem auch der sozialistische Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, der zugleich der Parteiobermann der SPÖ ist, ein gewichtiges Wort mitzureden hat.

Das eigentliche Wehrgesetz selbst wird erst vorbereitet. Der Parteirat der Sozialistischen Partei, nach dem alljährlichen Parteitag das zweithöchste Forum dieser Partei, hat sich nach heftiger Diskussion bereits auf die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht mit möglichst kurzer Dienstzeit festgelegt. Anfang Juli fahren siebenköpfige Parlamentsdelegationen nach Schweden und in die benachbarte Schweiz, um die dortigen militärischen Organisationsformen und dergleichen zu studieren. Es ist zu erwarten, dass eine Lösung gefunden wird, die eine zumindest symbolische Verteidigung der Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs gewährleistet, gleichzeitig aber auch der österreichischen Jugend von heute die bitteren Erfahrungen des "preußischen Kommiß" von gestern erspart. \* \* \*

### Wirkung eines Kanzlerwortes

sp - Der Bundeskanzler hat, wie man weiß, bisweilen eine ungeduldsame und herablassende Art in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und dessen Argumenten. Man erinnert sich vielleicht noch, wie hochfahrend und kränkend er seinerzeit den FDP-Abg. Becker und später den Vorsitzenden der gleichen Partei, Dr. Behler, abkanzelte, die ihre Einwände gegen die Kanzlerpolitik absolut loyal und sichtlich in dem ernstesten Bemühen um ein gewissenhaftes politisches Urteil vorgebracht hatten. Auf eine sachliche Begründung solcher Verdammungsurteile glaubt der Kanzler meist verzichten zu können, was bei seiner geringen Wertschätzung des Parlaments im Grunde nur konsequent ist.

In der letzten kurzen außerpolitischen Auseinandersetzung im Bundestag begnügte sich der Kanzler in der gereizten Erwiderung auf den Vorwurf Carlo Schmid, die Bundesregierung habe sich in der Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums sehr unterschiedlich gegenüber den USA und Österreich verhalten, mit der Behauptung, das sei eine "sehr unglückliche" Feststellung. Was wirklich eine "sehr unglückliche" Feststellung im extremen Sinn dieses Wortes ist, erläuterte er selbst durch seine Erklärung, die auf dem Fuße folgte: Nirgendwo sei Hitler so begeistert aufgenommen, wie in Wien.

Man fragt sich unwillkürlich, was hätte sich wohl irgendein Abgeordneter der Koalition oder der Opposition vom Kanzler sagen lassen müssen, wenn es ihm eingefallen wäre, eine so unwahrscheinlich plumpe Bemerkung zu machen, die gerade in ihrer einprägsamen, allgemein verständlichen Kürze ganz das Zeug hat, dem Satz der geflügelten politischen Worte in Österreich eingereicht zu werden. Man soll sich in Bonn über die nachhaltige Wirkung dieser Provokation nicht dadurch täuschen lassen, dass sich die höchsten offiziellen Stellen in Wien dazu bisher noch nicht geäußert haben. Mit bitterer Ironie erklärte in einer Stellungnahme der Vorsitzende der sozialistischen Parlamentsfraktion: "Wir haben nie geleugnet, dass Adolf Hitler von österreichischen Eltern stammt, und damit österreichischer Herkunft ist. Reichskanzler ist er allerdings in Deutschland geworden und

nach Österreich kam er erst zurück, als ihm die geballte militärische Kraft des deutschen Heeres zu diesem Zweck zur Verfügung stand."

Anhänger und Gegner Hitlers hat es überall gegeben. Heute, zehn Jahre nach dem Ende dieses Mannes und seiner Gewaltherrschaft, ausgerechnet dem österreichischen Volke, das gerade seine Selbständigkeit zurückgewonnen hat, ohne jeden zwingenden Anlass den Grad seiner tatsächlichen oder angeblichen damaligen Hitlerfreundschaft nachzurechnen, und zu sagen, nirgends sei man so begeistert gewesen, wie eben dort - das ist schon eine ansehnliche Leistung für den leitenden Staatsmann eines Landes, das Wert auf ein gutes Verhältnis zu allen seinen Nachbarn legen sollte. Der Vorgang ist doppelt peinlich, weil hier kränkende Schroffheit gegenüber einem Kleinen, der in jeder äußeren Hinsicht unterlegen ist, einen so unangenehmen Kontrast zu kritikloser Verehrung gegenüber einem Großen bildet, der in jeder äußeren Hinsicht so turnhoch überlegen ist.

\* \* \*

Ostexperte Oberländer

sp - Das hätte sich wohl der gegenwärtige Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte im Zweiten Kabinett Adenauer, Prof. Oberländer, vor zehn Jahren nicht träumen lassen, dass sein Rat in Ostfragen bei einem westdeutschen Bundeskanzler wieder hoch im Kurs stehen wird. Von Oberländer heißt es, er sei hart, rigoros, brutal. Außerdem spricht er russisch. Dies und seine Eigenschaften machen ihm nun dem Kanzler vor seiner geplanten Moskareise äußerst wertvoll. Niemand bezweifelt die Osterfahrungen dieses Bundesministers, der als Leiter einer Sondereinsatzgruppe im Kaukasus/des zweiten Weltkrieges gewissermaßen Studien an Ort und Stelle sammelte und in der Zeitschrift "Neues Bauerntum" die Vertreibung der Polen publizistisch vorbereitete. Im April-Mai-Heft 1940 schrieb der nebenberufliche SA-Hauptsturmführer und Gauamtsleiter unter seinem vollen Namen:

"Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Fall eine restlose sein. Solche Maßnahmen völliger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen, aber eine einmalige Härte ist besser, als ein durch Generationen währender Kleinkampf."

- 7 -

/während

Und weiter:

"Eine klare Trennung zwischen Deutschtum und Polentum ist nach den Ereignissen der letzten Jahre eine absolute Notwendigkeit, wenn die Reinhaltung der Rasse gewährleistet werden soll... Diese Aufgabe bedingt, dass Millionen fremden Volkstums durch Millionen eigenen Volkstums ersetzt werden ... Die Grundlage einer bodenständigen Herrschaft ist, dass sie den Boden selbst bebaut und darin ihre Pflicht und Ehre sieht, diese mit niemandem, am wenigsten mit Menschen fremden Blutes und Volkstums, teilt."

Die Menschen, die ob der furchtbaren Konsequenzen dieser während des Krieges praktizierten Rinddeutschungspolitik Zweifel bekamen, tröstete der Ostexperte Oberländer damit:

"Den Zweiflern, die wie wir die Schwierigkeiten sehen, sei gesagt: Ein Volk, das mit dem Schwerte das Unmögliche möglich gemacht hat, kann es auch mit dem Pflug..."

Man sieht: Oberländer war nicht nur ein agrarischer, sondern auch politischer Saatzüchter unter Hitler. Die Saat, die er mit streuen half, trug schreckliche Früchte. Viele Millionen Schlesier, Pommern und Ostpreußen fielen als Opfer der Vertreibung nach 1945 dem gleichen Geist des Völkerhasses und der Völkerverblendung zum Opfer, den Oberländer, heute Vertriebenen-Minister, so willig und eifrig während des Dritten Reiches gedient hatte.

Der Bundesminister hat viele Jahre später sich darauf berufen, der besagte Artikel sei von der Redaktion "frisirt und materiell verändert worden". Die eidesstattliche Aussage des ehemaligen Chefredakteurs des "Neuen Bauerntums", Dr. Gebert, besagt allerdings das Gegenteil.

Der Bundeskanzler wäre von allen guten Geistern verlassen, würde er ausgerechnet auf den Rat dieses Theoretikers der Völkervertreibung hören. Als Experte für Ostfragen sollte Prof. Oberländer eigentlich still in sich gehen. Er und seinesgleichen haben durch ihr Wirken zwischen der deutschen und der slawischen Welt jene Kluft aufgerissen, die zu überbrücken Jahrzehnte geduldiger Bemühungen erfordern wird. Als Brückenbauer fehlt ihm jede Qualifikation.

Verantwortlich: Peter Raunau